



Un-Frieden



Seite 3

Schulgesetz



Seiten 4/5

Bilanz Rot-Rot



Seite 7

Aus BVV und Ausschüssen

Pankow – City for Peace

ND-Foto:
Burkhard Lange



Erneut begrüßte eine Demonstration die Bezirksverordneten vor ihrer Tagung am 5. März 2003. SchülerInnen und Eltern der Edgar-Ende-Grundschule protestierten gegen die voraussichtliche Schließung ihrer Schule. Vertreter der Elterninitiative nutzten die vor jeder BVV stattfindende Bürgerfragestunde, um ihre Position vorzutragen.

Die weitere Tagesordnung beinhaltete einige interessante Punkte: Ein Dringlichkeitsantrag zur Neugestaltung der Schwedter Straße wurde zurückgezogen, um ihn erneut im Ausschuss zu beraten; ein Antrag zu Tempo 30 in der Langhansstraße wurde beschlossen; auf Antrag der PDS-Fraktion wurde das Bezirksamt beauftragt, für die Teilnahme am Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu werben. Zu fortgeschrittener Stunde erlebten wir den politischen Höhepunkt der Tagung: Ausgehend von einer Initiative der PDS wurde über einen gemeinsam mit den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD gestellten Antrag unter der Überschrift „Berlin – City for Peace“ beraten. Die CDU behauptete, von den anderen Fraktionen bewusst ausgeschlossen worden zu sein, was vom stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzen-

den und anderen Rednern energisch zurückgewiesen wurde.

Die CDU bemängelte die im Antrag aufgezählten Friedens-Initiativen wie den Prignitzer Appell, der schon von mehreren tausend Kommunalpolitikern unterzeichnet wurde. Aus diesem Grund lehnte sie trotz ihrer erklärten Ablehnung eines Irakkrieges den Antrag ab. Trotz des bitteren Beigeschmacks von Parteienganz bleibt aber eine klare Positionierung der BVV gegen einen Krieg im Irak. Gleichzeitig bittet die BVV Bürgerinnen und Bürger des Bezirks, an den verschiedenen Formen des Protestes teilzunehmen, um ein deutliches Zeichen für den Frieden zu setzen. Falls ein Krieg gegen den Irak beginnen sollte, so wird für diesen „Tag X“ um 18.00 Uhr zur Teilnahme an der Protestkundgebung auf dem Alexanderplatz aufgerufen.

Thoralf Sahn
Bezirksverordneter

Hilfe dem, dem Hilfe gebührt

Das neue Jahr war wieder einmal mehr mit Überraschungen versehen. Die Senatsverwaltung für Finanzen teilte in einem Haushaltswirtschafts-rundschreiben für das Jahr 2003 mit, dass eine Sperre für den Bereich der Hilfen zur Erziehung verhängen wurde. Als fachliche Begründung wurde angeführt, dass die Fallzahlen erheblich über denen von Hamburg liegen. Diese oberflächliche statistische Betrachtung weise ich zurück.

Die Hilfen zur Erziehung (HzE) sind im Sozialgesetzbuch (SGB VIII) verankert. Demnach besteht für Kinder- und Jugendliche bei Bedarf ein Rechtsanspruch auf diese Leistung. Die öffentliche Hand ist dann verpflichtet, Hilfe zu leisten.

Nunmehr darf der Bezirk erst nach Prüfung jedes Einzelfalles die Mittel für die Hilfsmaßnahme freigeben. Damit kommt es bei der Bewilligung des Verfahrens zu einem

erhöhten Verwaltungsaufwand, einer Verzögerung der Zahlungen durch das Jugendamt, aber zu keinen direkten Entlastungen im Haushalt.

Die Auswirkungen der Sperre sind auch im Jugendamt Pankow zu beobachten. Handlungsbedarf entsteht bei den Erziehungshilfen aufgrund familiärer Probleme oft akut. Durch das bürokratisierte Verfahren wird die Flexibilität bei der Gewährung notwendiger Hilfen gefährdet. Im Jugendamt Pankow wurden bisher 1.300 Leistungen überprüft. Das sind 325 Arbeitsstunden mehr, neben der regulären sozialpädagogischen Leistung. Längere Bearbeitungszeiten bei der Einleitung und Gewährung von Hilfen sind vorprogrammiert.

Die Berliner Jugendhilfe bedarf jedoch fachlich fundierter Planungen. Die verhängte Sperre muss daher umgehend durch den Senator für Finanzen aufgehoben werden. Bisherige Bemühungen, wie

vom Rat der Bürgermeister, gegen diese Sperre vorzugehen, stießen bei Finanzsenator Sarrazin (SPD) auf taube Ohren. Gleichzeitig fordert der Finanzsenator, Einsparungen in Höhe von 83 Mio. Euro für 2002/2003 bei den Hilfen zur Erziehung zu erbringen. Das ist illusorisch. Das hieße, das Kinder- und Jugendhilfegesetzes zu brechen.

Eines ist jedoch schon jetzt klar: Wer Kosten der Hilfen zur Erziehung erkennbar senken will, muss bei der präventiven Arbeit für eine finanziell bessere Ausstattung sorgen. Hierzu gehören berufliche Angebote für junge Menschen, Investitionen in die Präventionsarbeit bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit und eine fachliche Qualifizierung der MitarbeiterInnen. Das rate ich den politisch Verantwortlichen aus Senat und Abgeordnetenhaus!

Sascha Kummer
Bezirksverordneter

extraDrei sprach mit Ruth Misselwitz

Pankower Friedenskreis

„Jeder, der einen Krieg beginnt, vergeht sich an den Menschen“, erklärte Ruth Misselwitz gegenüber extraDrei. Dazu rechne sie auch einen Krieg, der unter dem Vorwand der Prävention geführt werden sollte. Es gäbe ausreichend friedliche Möglichkeiten, Gefahrenpunkte und Krisenherde einzudämmen und aufzulösen.

„Ich betrachte jedes diktatorische Regime sehr kritisch. Der Irak ist eines davon“, sagte Ruth Misselwitz. „Allerdings halte ich es für eine wesentliche Unterlassung der Jahre nach dem Kuwait-Krieg, dass die Herausbildung demokratischer Kräfte innerhalb des Irak von den USA und den europäischen Staaten nicht gefördert und hilfreich begleitet wurde.“ Das gelte es nachzuholen, auch wenn es langen Atem brauche. Es habe sich anhand der DDR gezeigt, dass dieser Weg richtig sei. „Den Gedanken jedoch, erst eine unabsehbare Zahl von irakischen Menschen in einem Krieg zu töten oder sonst zu schädigen, um den Überlebenden dann Demokratie zu bringen, finde ich abstoßend“, so die Initiatorin des Pankower Friedenskreises. Ihre Gedanken und guten Wünsche gälten den Menschen dieses zerstörten, hungernden und von Krankheiten heimgesuchten Landes. Unstreitig sei dies die Folge der Kriege, die Saddam Hussein zu verantworten habe. Die Forderung nach Abrüstung sei angesichts dessen konsequent. Der

bisher behinderte Wiederaufbau sollte aber auch die Chance bieten, das Land in Sicherheitsverträge und eine Vielzahl wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, humanitärer und kultureller Beziehungen einzubinden, kritische Öffentlichkeit herzustellen und internationale Kontrolle zu verwirklichen.

Ruth Misselwitz hat volles Verständnis für das Bestreben der USA, ihr Land vor neuen Terroranschlägen wie denen des 11. September 2001 zu schützen. Es sei jedoch zu bedenken, dass derartige Anschläge vor allem der Ausdruck von Verzweiflung, Ausgestoßenheit und Demütigung seien. Dementsprechend sei es notwendig, Zuversicht und Hoffnung zu schaffen. „Eine friedliche Welt ist vor allem eine Welt, die auf gegenseitigen Nutzen baut und auf Hilfe, wo nötig“, so die Pfarrerin.

Ihr Standpunkt, erklärte Ruth Misselwitz, fände sich bündig wieder in einem Brief an die Regierungen des Vereinigten Königreiches Großbritannien, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Republik Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, den der Pankower Friedenskreis verfasst und für den er Unterschriften gesammelt habe. In dem Brief des Pankower Friedenskreises heißt es: „Zukunft, das heißt für mich Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Ein Krieg im Irak wird viele Menschenleben zerstören, große Land-



Ruth Misselwitz ist Pfarrerin der evangelischen Kirchengemeinde Alt-Pankow. Der Pankower Friedenskreis, angeregt und mit gegründet von Ruth Misselwitz und ihrem Mann Hans, besteht seit 1981.

1989/90 moderierte Frau Misselwitz den Runden Tisch Pankow.

striche verwüsten und weitere Gewalt und Terror nach sich ziehen. Und die Hoffnungen werden versanden! Mein 'Nein' zum Krieg gegen den Irak steht für mein 'Ja' für die Suche nach gewaltfreien Konfliktlösungen, den Einsatz für die Menschenrechte im Irak, den Erhalt der Bürgerrechte in den USA und Europa. Ich erkläre hiermit meine Solidarität mit den KriegsgegnerInnen in Ihrem Land, in meinem Land, auf unserer Erde.“

Hans Schuster



Aktionstag gegen den Krieg am 15.2. in Berlin

ND-Foto: Burkhard Lange

extraDrei sprach mit Siglinde Schaub

Besserer Start in die Schule



Siglinde Schaub
MdB

Im Frühjahr wird dem Abgeordnetenhaus ein neues Schulgesetz vorgelegt. extraDrei sprach mit Siglinde Schaub, schulpolitische Sprecherin der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus:

Siglinde, wird das neue Schulgesetz eine gute Antwort auf die deutsche Pleite beim PISA-Vergleich der Schulen verschiedener Staaten werden?

Noch lange nicht – aber hoffentlich ein Schritt in die richtige Richtung.

Was soll anders werden?

Wir möchten den Kindern einen besseren Start in die Schule bereiten. Wenn sie eingeschult werden, sollen sie alle wenigstens ein Jahr in einer Kita darauf vorbereitet worden sein. Das ist übrigens eine riesen-große Herausforderung. Die Kinder sollen auch früher als bisher in die Schule kommen. Eingeschult wird, wer bis Ende des Kalenderjahres sechs Jahre alt wird. Im Durchschnitt waren die Berliner Kinder bisher bei der Einschulung 6,8 Jahre alt. Das ist zu spät. Andererseits sollen die Kinder bei Bedarf drei Jahre Zeit haben für das Durchlaufen der ersten beiden Klassen. Grundlegende sprachliche, logische und soziale Fertigkeiten müssen sicher sein, bevor es in der dritten Klasse dann mit der ersten Fremdsprache los geht. Zugleich soll das Betreuungsangebot verbessert werden. Wir wollen verlässliche Halbtagsgrundschulen anbieten mit einem guten Mix aus Anforderung und Erholung. Und wir wollen übrigens auch für die größeren Kinder ab der fünften Klasse in dieser Legislaturperiode weitere 30 Ganztagschulen in sozialen Brennpunkten einrichten.

Meinst Du, die verflixte Auslese für die Schultypen nach der sechsten Klasse könnte damit gemildert werden? Im Prinzip werden da ja schon Weichen für's Leben gestellt.

Leider viel zu früh, obwohl Berlin das Sieb sogar später ansetzt als andere deutsche Länder. Die Staaten, die bei der PISA-Studie besser

abgeschnitten haben als wir, setzen auf eine gemeinsame Schule bis mindestens zur achten, besser bis zur zehnten Klasse. Aber es ist uns nicht gelungen, an der bisherigen Struktur zu rütteln. Immerhin fordert das neue Gesetz einen gemeinsamen Schulabschluss mit gleichen Maßstäben nach der zehnten Klasse in Realschule, Gesamtschule und Gymnasium. Von diesem Bildungsziel müssen die Schulen dann ihren Unterricht zurück rechnen.

Heißt das, die Schulen bekommen mehr Rechte für die Gestaltung ihres Unterrichtsprogramms?

Ja, und auch für die Auswahl der Lehrer, die sie brauchen, sowie für die Verwendung bestimmter Haushaltsmittel. Dem entspricht auch, dass die Stellung der SchulleiterInnen als „Führungskräfte mit Ergebnisverantwortung“ gestärkt wird. Zugleich sollen die Schulen fester mit ihrem Umfeld verbunden werden. Die Mitbestimmungsrechte der Erziehungsberechtigten und der SchülerInnen in der Schulkonferenz werden ausgebaut. Allerdings: Der Ansatz zu einer ergebnisorientierten Steuerung des Schulwesens bleibt halbherzig, weil die Schulverwaltung eben nicht nur die Ergebnisse kontrollieren will (was sein muss), sondern mehr denn je Handlungsabläufe vorgibt und Pläne zur Ge-

nehmung vorgelegt haben will.

Bist Du dir der Tatsache bewusst, dass sehr viele Lehrer ganz etwas anderes für vordringlich halten als dieses Schulgesetz?

Aber ja. Hätten wir mehr Lehrer, können sie auch mehr tun für die Förderung der Schüler und den Ausgleich der Defizite, mit denen viele Kinder zur Schule kommen. Wir bräuchten mehr Geld für Schulbücher und Unterrichtsmittel und übrigens auch für die bauliche Erhaltung der Schulen. Dann wären wir schon weiter. Aber auch dann müssten wir über eine Verbesserung unseres Schulsystems nachdenken.

Die PDS hat bei den Wahlen versprochen, sie würde bei den Schulen eher drauflegen als sparen.

Inzwischen ist klar: Das Berliner Haushaltsloch umfasst 46 Mrd. Euro. Der Haushalt muss in Ordnung gebracht werden, das setzt sehr enge Grenzen. Woher Geld nehmen, ohne noch mehr Schulden zu machen?

Vielleicht von dort, wo die großen Vermögen sind?

Berlin hat einen Vorstoß im Bundesrat gemacht zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer, und die PDS hat dabei kräftig geschoben. Aber herausgekommen ist im Bund erst wenig.

Interview: Hans Schuster

Strauchwiese muss warten

Die Schule an der Strauchwiese muss weiterhin auf die Mittel zur ökologischen Schulhofumgestaltung warten.

Das Bezirksamt Pankow beantragte im Sommer 2002 Mittel in Höhe von 227.000 Euro aus dem Umweltentlastungsprogramm. Diese Mittel wurden jedoch erst im Oktober 2002 bewilligt. Doch so spät konnte das Bezirksamt ein öffentliches Ausschreibungsverfahren unter Einhaltung der vorgeschriebenen Fristen nicht mehr möglich machen. Ein Auftrag hätte gerade noch zu

Weihnachten erteilt werden können, zum Kassenschluss des Haushaltsjahres.

Das Bezirksamt ringt nunmehr mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung um die Übertragung dieser Haushaltsmittel für die ökologische Schulhofgestaltung in das laufende Haushaltsjahr.

Bleibt zu hoffen und zu wünschen, dass dem Bezirk die Mittel nicht wieder erst zum Kassenschluss des Haushaltsjahres 2003 freigegeben werden. Noch sind ja ein paar Monate dazu Zeit.

Debatte beginnen

Eltern zum Schulgesetz

Seit Jahren diskutieren wir Eltern verschiedene Entwürfe für ein neues Schulgesetz für das Land Berlin. Nun ist ein weiterer Gesetzentwurf im Umlauf. Einiges davon ist bereits schon in öffentlicher Diskussion.

Positive Neuerung ist aus unserer Sicht die Möglichkeit differenzierter Angebote in der 5. und 6. Klasse. Man sollte sich überlegen, ob dieses Modell nicht auch in den Klassen 7 bis 8 Anwendung finden sollte. Dies würde die soziale Bindung der SchülerInnen in ihrer Klasse fördern.

Weitere positive Veränderungen sind für uns die Einbindung der Schulen in ihr soziales Umfeld, der Ausbau der sonderpädagogischen Förderung und des gemeinsamen Unterrichts an allgemein bildenden Schulen. Gut ist die Förderung des muttersprachlichen Unterrichts für Kinder nichtdeutscher Herkunft und die Stärkung der schulischen Mitbestimmung.

Die Einführung einer flexiblen Schulanfangsphase, die es Kindern ermöglichen soll, die ersten drei Klassenstufen in individueller Geschwindigkeit zu absolvieren, empfinden wir als einen neuen interessanten Ansatz. Auf die ersten Erfahrungen, die damit gemacht werden, sind wir gespannt. Auch die Planungen zur Einführung eines

mittleren Schulabschlusses für alle Schulformen am Ende der 10. Klasse und die Einführung entsprechend einheitlicher Rahmenpläne, könnten einen Schub für bessere PISA-Studien bringen.

Wir hoffen, dass die erweiterte finanzielle Eigenverantwortung der Einzelschulen, nicht zu noch größerer Reglementierung der Schulen führt. Mehr Bürokratie schafft nicht mehr Qualität.

Auch sollen mit dem neuen Gesetz Auslese, Probezeiten, Schulwechsel, Sitzenbleiben und Fixierung auf Noten fortbestehen. Wir brauchen jedoch ein Klima, das jedes Kind individuell nach seinen Fähigkeiten fördert und fordert. Eine neue Bildungskultur entsteht nur, wenn es ein gemeinschaftliches Lernen von SchülerInnen mit Unterstützung ihrer LehrerInnen und Eltern gibt. Lust am Lernen und

Leistung gehören zusammen. Noch schöner wäre es, wenn wir ein einheitliches – nicht gegliedertes – Bildungssystem mit einheitlichen Bildungsstandards hätten. In Skandinavien ist diese gemeinsame Förderung der Kinder alltäglich. Der Zugang zu Bildung hängt hier nicht mehr ganz so stark wie in Deutschland von der sozialen Herkunft ab. Dies hätte auch für Berlin ein wichtiger Schritt in Richtung Chancengleichheit sein können. So bleibt die Reform des Berliner Schulgesetzes bislang leider nur halbherzig. Bringen wir uns also in die Debatte ein.

Katja Mohlala

Elternsprecherin der Raoul-Wallenberg-Gesamtschule

Katrin Maillefert

Elternsprecherin der Kurt-Schwitters-Gesamtschule und Bezirksverordnete



EU-Förderprogramme genutzt

Der Bezirk Pankow nutzte im vergangenen Jahr verschiedene Förderprogramme der EU, berichtete Wirtschaftsstadträtin Almuth Nehring-Venus (PDS).

So wurden aus dem Umweltentlastungsprogramm Schulen in einem Umfang von 915.000 Euro ökologisch saniert.

Finanziert aus dem EFRE-Fonds für Wirtschaftsdienliche Maßnahmen wird ein neu geschaffenes Online-Service-Büro, das bezirklichen Unternehmen mit Problemen seine Hilfe anbietet.

Die Wirtschaftsstadträtin teilte weiter mit, dass Mittel aus dem EFRE-Strukturfonds in Höhe von 613.000 Euro für das Regionalmanagement in Buch bis 2005 genutzt würden. Das Regionalmanagement soll die Kooperation von Anwohnern, Einrichtungen und Nutzern fördern, um den Ortsteil attraktiver zu machen.

Auch zur Unterstützung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen hat der Bezirk 774.000 Euro aus dem Europäischen Sozialfonds erhalten.

Waschbecken

In der Integrationskita Syringeweg 25 in Prenzlauer Berg wird nun endlich ein behindertengerechtes Waschbecken eingebaut, das auch schwerstbehinderten Kindern die Nutzung ermöglicht.

Vorausgegangen war ein jahrelanger K(r)ampf von ErzieherInnen und Eltern. Wieder und wieder wurden sie wegen fehlender Haushaltsmittel vertröstet.

Kinder und ErzieherInnen können sich nun dank ihrer Hartnäckigkeit freuen, ein höhenverstellbares Waschbecken einzuweihen.

Aus dem Abgeordnetenhaus:

Fortschritte beim Solidarpakt?



Marian Krüger
MdA

Im Februar haben in Berlin Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und dem Senat begonnen. Die Gewerkschaften haben erstmals dem Senat ein eigenes Angebot gegenübergestellt. Was bei Tarifverhandlungen ansonsten normal ist, war in Berlin mit einem mühseligen, mitunter von Drohungen begleiteten Prozess verbunden. Die PDS versuchte eine Mittlerrolle zwischen Regierung und Gewerkschaften einzunehmen.

Die Gewerkschaften hatten ursprünglich das Angebot des Senats vom Oktober letzten Jahres als „Erpressung“ verdammt. Insbesondere die Ankündigung des Senats, aus den Arbeitgeberverbänden auszutreten und die Arbeitszeit der Beamten auf 42 Stunden zu verlängern, empörte die Gewerkschaften.

Auch waren vereinzelte Bemerkungen von Senatoren über die Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes wenig hilfreich. Nun, fast vier Monate später, sitzen Senat und Gewerkschaften am Verhandlungstisch.

Das alte Finanzierungsmodell des öffentlichen Dienstes von Berlin ist an objektive Grenzen gestoßen. In den 90er Jahren wurden die Gehalts- und Pensionserhöhungen für die Beschäftigten und die Angleichung der Gehälter der Ost-Beschäftigten faktisch aus dem Stellenabbau bezahlt. An dieses Problem knüpft der Solidarpakt an. Der Ansatz lautet: Lasst uns Gehaltserhöhungen gegen Neueinstellungen, Beschäftigungssicherung und Freizeit tauschen.

Aber müsst ihr deswegen aus den Arbeitgeberverbänden austreten, fragen viele Menschen. Aufgrund des geltenden Tarifrechts muss die Stadt die Tarifabschlüsse des Bundes bezahlen, solange sie Mitglied der Arbeitgeberverbände ist. Wer also einen Solidarpakt will, muss auch für den notwendigen Verhandlungsrahmen sorgen. Eine Härtefallklausel für das Haushaltsnotlageland Berlin im Rahmen der bundesweiten Tarifverhandlungen war unser Ziel, kam aber nicht zustande. Die Tarifparteien des Bundes und der Länder hatten kein Verständnis für Berlins Interesse an einer Härtefall-

regelung. Uns blieb kein anderer Weg: Das Land Berlin trat aus den Arbeitgeberverbänden aus. Das war für uns nur die zweitbeste Lösung. Trotzdem setzt sich die PDS in Senat und Parlament dafür ein, dass der Ausstieg aus dem Flächentarif begrenzt und befristet wird.

Beim Solidarpakt geht es darum, eine Alternative zu den alten Tarifritualen zu finden. Wir wollen nicht dem alten Muster folgen, dass die, die schon viel haben, die größten Gehaltserhöhungen bekommen, während die niedrigen Einkommensgruppen im öffentlichen Dienst, die Arbeitslosen und die jungen Leute die Verlierer sind. Aber wir kritisieren auch diejenigen scharf, die sich jetzt als Trittbrettfahrer versuchen. Wenn Stoiber und Teufel als Ministerpräsidenten der reichsten Bundesländer jetzt auf der Austrittswelle mitsurfen, dann nicht aus Not, sondern weil sie aus rein ideologischen Gründen den Flächentarifvertrag generell infrage stellen. Dafür wird es von uns aus Berlin nur scharfe Ablehnung geben.

Marian Krüger, MdA

Wohnungsbauförderung am Ende



Gernot Klemm
MdA

Eine der schwerwiegendsten Entscheidungen der rot-roten Koalition war die Beendigung der Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau. Ihre Fortführung in der bisherigen Form war inakzeptabel, weil dies eine unangemessene Verschwendung öffentlicher Gelder bedeuten würde. Investoren wurden sichere Profite verschafft. Uns ging es aber um sozialverträgliche Mieten.

Berlin schießt derzeit pro Quadratmeter auf die Mietzahlungen der Mieter von durchschnittlich 4,50 Euro noch einmal monatlich 8 bis 15 Euro zu. Mit einem Drittel dieser Zuzahlung könnte sich jeder Sozialmieter eine erstklassige Wohnung in bester Lage der Stadt anmieten. Dieser unsozialen Verschwendung öffentlicher Gelder wurde durch

Beschluss des rot-roten Senats ein Ende bereitet.

Denn die öffentliche Förderung im sozialen Wohnungsbau muss unserer Meinung nach sozial schwachen Mietern das Wohnen zu sozial verträglichen Mietpreisen ermöglichen und nicht Investoren und Anleger reich machen.

Das Problem ist, den notwendigen Ausstieg aus dieser Wohnungsbauförderung zu schaffen, ohne die Mieter unangemessen finanziell zu belasten. Hierfür sind auf Initiative der PDS-Fraktion Festlegungen zum Schutz und zur Unterstützung der Mieter getroffen worden, die einen sozial verträglichen Ausstieg aus dem unsozialen System der Berliner Wohnungsbauförderung ermöglichen. Die Mieten bleiben für

bedürftige Mieter weiterhin stabil. Darüber hinaus werden Umzugshilfen angeboten und sonstige Unterstützungen gewährt. Außerdem wird es Beratungsangebote für betroffene Mieterinnen und Mieter seitens des Senates geben.

Für die Bewohner von Wohnungen des ersten Förderwegs wie in Französisch-Buchholz oder Karow-Nord ändert sich im Moment erst einmal nichts. Mit Auslaufen der Förderung nach 15 Jahren, also frühestens ab dem Jahr 2009, könnte es aber zu Veränderungen der Eigentümerstruktur der betroffenen Häuser kommen. Der Grundsatz jedoch bleibt: Der Ausstieg erfolgt nicht auf Kosten der Mieterinnen und Mieter.

Gernot Klemm, MdA

Ein Jahr in Regierungsverantwortung. PDS-Parteitag stimmt Regierungsarbeit zu – und übt Kritik.

Bis dahin. Und schon weiter.

Die Berliner PDS zog am 22./23. Februar Bilanz über ein Jahr Rot-Rot. Ein Leitantrag, der um Unterstützung für die Regierungslinie und den Sparkurs warb, wurde von gut 80 Prozent der Delegierten angenommen. Trotz kontroverser Debatte war die Zustimmung fast ebenso groß wie vor einem Jahr, als der PDS-Parteitag dem Koalitionsvertrag mit 85 Prozent zugestimmt hatte.

Die Debatte wurde von PDS-Chef Liebich eingeleitet. Er appellierte an seine Partei, die Ergebnisse nicht klein zu reden: „Berlin ist anders geworden im letzten Jahr. Wenn ich diese Behauptung aufstelle, dann tue ich das in dem Bewusstsein auch von Enttäuschungen, Frustration und Kritik. Aber die jahrzehntelang vorherrschende Berliner Mischung aus Filz, Größenwahn und Realitätsverdrängung wurde aufgebrochen.“

Der PDS-Landesvorstand legte mit den Abgeordneten eine Bilanz über die rot-rote Regierungstätigkeit vor. „Bis dahin. Und schon weiter.“ ist der Titel. Abgeordnete und Senatoren schildern Zwänge, Erfolge und Niederlagen, z.B. warum die Risikoabschirmung der Bankgesellschaft Berlin die preiswertere Variante ist; wie die PDS Bürgerentscheide in den Bezirken ermöglicht; weshalb Kultursenator Flierl der erste ist, der gemeinsam mit der Bundesregierung ein Konzept zur Erhaltung der Opern vorlegt und weshalb es wieder Hoffnung für das SEZ gibt.

Die Berliner Genossen diskutierten heftig über den Ausstieg des Landes Berlin aus dem Arbeitgeberverband des Öffentlichen Dienstes. Einige PDS-Mitglieder forderten die Rücknahme des Ausstiegs und die Übernahme des bundesweiten Tarifabschlusses. Entgegengehalten wurde, dass Berlin nicht nahezu die kompletten Steuereinnahmen für die Beschäftigten ausgeben kann. Deshalb liegt jetzt ein solidarisches Angebot vor: Ausschluss betriebs-

bedingter Kündigungen, Freizeit- ausgleich, Schaffung eines Einstellungskorridors für junge Leute gegen Gehaltsverzicht. Burkhard Thiemann, Gastredner von ver.di, zeigte sich erfreut über das Angebot und signalisierte Verhandlungsbereitschaft.

Auch der Dauerbrenner Bankgesellschaft stand zur Debatte. Die PDS-Fraktion machte deutlich, dass es dank ihres Engagements eine Ermittlungsgruppe bei der Staatsanwaltschaft gibt. Die bisher größte Sonderermittlungsgruppe der Bundesrepublik leitete 71 Verfahren zur Aufklärung des Bankenskandals ein. Regressforderungen gegenüber den Verantwortlichen wurden erhoben.

Der PDS-Vorsitzende verteidigte die unpopulären Sparmaßnahmen, die Rot-Rot den Bürgern zumutet,

litik macht oder aber abtretet.“ Ellen Brombacher von der Kommunistischen Plattform in der PDS warnte, mit diesem Kurs werde die Partei im Jahr 2006 „abgewirtschaftet haben“. Die Mehrheit teilte diese Befürchtung nicht.

Selbstkritisch wurde jedoch eingeräumt, dass der PDS ausreichende politische Konzepte fehlen. Die PDS kann das Dilemma der Haushaltsnotlage mit wohlfeilen Losungen wie „Geld ist genug da, es ist nur falsch verteilt“ ignorieren, so die PDS-Bundestagsabgeordnete Pau. Losungen und Lösungen müssen aber übereinkommen. Im Bundestag setzt sie sich daher für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ein.

Die Abstimmung war trotz kontroverser Debatte eindeutig. Mehr



Sandra Brunner



Landesparteitag der PDS Berlin

mit den Worten: „Niemand hat behauptet, ein Politikwechsel sei schmerzfrei zu haben.“ Dieser Argumentation mochten nicht alle Redner folgen. Abgeordnetenhausmitglied Freke Over attestierte der SPD-PDS-Koalition „eine ausgesprochen mäßige Performance“.

Mehrere Redner hielten den Senatoren und Funktionsträgern vor, das sozialistische Profil verloren zu haben. Sascha Schneider bilanzierte: „Ihr habt keine Ahnung, keine Meinung, kein Konzept. Gebt es zu, Ihr habt genau wie Honecker den Anschluss an die Realität verpasst. Ich will, dass Ihr endlich PDS-Po-

als 80 Prozent der Delegierten stimmten für die positive Bilanz der Regierungsarbeit. Auch sein umstrittenes Doppelamt als Vorsitzender der Partei und der Fraktion darf Liebich behalten.

Ein Jahr Rot-Rot in Berlin hat gezeigt: Wer Veränderung will, braucht Mut und einen langen Atem. Ein kleines Stück eines fünfjährigen Wegs ist schon geschafft. „Bis dahin.“ ist Berlin und die PDS. Vieles liegt noch vor uns. „Und schon weiter.“ – kann das Signal werden. Berlin braucht keinen Stillstand, sondern Bewegung.

Sandra Brunner

Alltag im Bezirk

■ Ohne Wein am Wasserturm

Ob Weinanbau an den Hängen des Prenzlauer Berger Wasserturms möglich sei, wollte der SPD-Verordnete Klaus Mindrup wissen. Nein, meint das Bezirksamt, der Südhang des Wasserturms sei zu steil für die Wiederanlage von Weinbergen.

■ Galenusstraße

Eine Nachfolgenutzung für die ehemalige Charitas-Klinik in der Galenusstraße im Ortsteil Pankow ist weiter nicht in Sicht. Nach gescheiterter Vermarktung des Grundstücks durch den Liegenschaftsfonds wurde das Grundstück teilweise vermietet. Das Gelände ist im Flächennutzungsplan als Gemein-

bedarfsfläche mit hohem Grünanteil ausgezeichnet. Das Bezirksamt wird nach Auskunft des Bürgermeisters Burkhard Kleinert (PDS) wieder tätig werden, wenn der Liegenschaftsfonds die Neuausschreibung des Standorts vorbereitet.

■ Schwimmhalle

Das Bezirksamt ist grundsätzlich an einer Wiedereröffnung der Schwimmhalle in der Wolfshagener Straße interessiert. Ob eine Wiederinbetriebnahme ohne die Zahlung von Zuschüssen möglich ist, sei zweifelhaft, so die Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport Christine Keil (PDS). Sie bat die Berliner Bäderbetriebe um die genaue Zuarbeit der betriebswirtschaftli-

chen Zahlen der vergangenen Jahre der Schwimmhalle. Nach Vorliegen der Zahlen sollen die Beratungen zur Wiederinbetriebnahme fortgesetzt und die Voraussetzungen für einen potentiellen Betreiber festgestellt werden.

■ Bibliotheksneubau

In der Weißenseer Bizetstraße ist ein Bibliotheksneubau geplant. Nach Auskunft der Kulturstadträtin Nehring-Venus (PDS) wird der Investor nach Vertragsschluss mit der BEWAG die Eintragung ins Grundbuch vornehmen lassen und das Trafó-Häuschen abreißen. Die Fertigstellung des Neubaus wird danach jedoch frühestens im Frühjahr 2004 erwartet.

In eigener Sache

Diese Ausgabe von extraDrei ist nunmehr zeitverzögert erschienen. Fast die gesamte Redaktion hat ihre Arbeit im Januar niedergelegt. Der Hintergrund für diesen Schritt war die heftige Auseinandersetzung um den Leserbrief „Guten Morgen, Genosse Dschugaschwili“, abgedruckt in der Novemberausgabe 2002. In-

zwischen bereiteten einige PDS-Mitglieder, die sich zur Mitarbeit bereitgefunden haben, diese April-Notausgabe vor.

Die Frage, wie es inhaltlich und organisatorisch mit extraDrei weitergeht, ist damit jedoch noch nicht beantwortet. Die Redaktionsarbeit befindet sich somit in einem Über-

gangsstadium. Deshalb wollen wir Meinungen und Vorschläge in die weitere Profilierung der Zeitung einfließen lassen.

Diese Anregungen wollen wir auf der Hauptversammlung am 17. Mai 2003 vorstellen und gemeinsam beraten.

Die Not-Redaktion

WANNWOWASWANNWOWASWANN

2. April

17.30 Uhr 14. Tagung der BVV, Bezirksamt Fröbelstraße 17

18 Uhr Diskussion mit Dr. Evelyn Kenzler (Parteivorstand PDS) zu Aufgaben der PDS, in der Seniorenfreizeitstätte, Grellstraße 14

8. April

19.30 Uhr Öffentliches Bötzow-FORUM Berlin-Politik aktuell: „Gemeinwesen für Firmen- und Kapitalinteressen?“ – mit Wirtschaftssenator Harald Wolf (PDS), in der Tucholsky-Bibliothek, Es-marchstraße 18

10. April

18.30 Uhr AG Schule bei der BVV-Fraktion der PDS, Fraktionszimmer, Fröbelstraße 17

14. April

18.30 Uhr AK Jugend bei der BVV-Fraktion der PDS, Fraktionszimmer, Fröbelstraße 17

21. April

Ostermarsch „Gegen Krieg und Terror in der Welt“

24. April

18 Uhr Basistag der PDS Berlin Drei im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

1. Mai

Humannplatzmaifest – „widerspenstig und lebendig“

8. Mai

Kranzniederlegungen am Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus

9. Mai

15 Uhr Empfang für Veteranen anlässlich des 8. Mai im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

15. Mai

18 Uhr Basistag der PDS Berlin Drei im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

17. Mai

10 Uhr 3. Tagung der 2. Hauptversammlung der PDS Berlin Drei, Tagungssaal der BVV, Bezirksamt Fröbelstraße 17

21. Mai

17.30 Uhr 14. Tagung der BVV, Bezirksamt Fröbelstraße 17

24. Mai

gemeinsame Basiskonferenz der PDS Berlin und Brandenburg in Potsdam

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81
www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 12. März 2003
Druck: double express Auflage: 10.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 831-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders /der Spenderin.